



Schulen - Integration - Oberstufe

## **Massnahmen auf der Oberstufe für eine bessere schulische und gesellschaftliche Integration der Jugendlichen**

### **1 Postulate**

Am 23. März 1999 erklärte der Grosse Gemeinderat die Postulate "Lehrermord im Engewies: Und danach?" und "Integration in der Oberstufe - Quo vadis?" mit den folgenden Wortlauten erheblich:

"Der Stadtrat wird eingeladen, in enger Zusammenarbeit mit der betroffenen Lehrerschaft einen Bericht über die Situation an den städtischen Schulhäusern zu erarbeiten, Massnahmen abzuleiten und dem Gemeinderat gegebenenfalls Anträge zu stellen."

"Damit die Oberstufe im Sinn und Geist des Opfers weitergeführt und Gewaltbereitschaft frühzeitig erkannt und unterbunden werden kann, fordern die unterzeichnenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte den Stadtrat auf (gegebenenfalls mit dem Erziehungsdepartement koordiniert), Bericht und Antrag zu erstatten über die wirksame sowie rasche Unterstützung der Lehrkräfte, sei es beispielsweise durch die Schaffung von Sozialberatungsstellen für Oberstufenschulhäuser und einer Tagesstruktur für Schüler, die in Normalklassen nicht tragbar sind, aber nicht fremdplatziert werden müssen, über die Chancen und Grenzen der Integration, die verbesserte Information über Rechte und Pflichten von Schülern und Eltern gegenüber der Schule, die vorzuziehenden präventiven Massnahmen und Vorkehrungen zum Schutz von Lehrkräften und Schülern vor gewaltbereiten Jugendlichen und Angehörigen, die dazu notwendigen personellen und finanziellen Mittel und allfällig sich daraus ergebende Anpassungen von rechtlichen Erlassen."

Den Aufträgen aus den Postulaten kommt der Stadtrat mit dem vorliegenden Bericht nach. Beide Postulate erfassen dieselbe Thematik und werden daher in einem einzigen Bericht abgehandelt.



## 2 Ausgangslage

Anlass für die Einreichung beider Postulate gab das Tötungsdelikt an Reallehrer Paul Spirig, welches die Probleme ins Bewusstsein der Öffentlichkeit brachte, mit denen die Lehrkräfte auf der Realschulstufe konfrontiert sind. Beide Postulate sehen Handlungsbedarf für eine Hilfestellung an die Lehrkräfte in der Bewältigung dieser Probleme und schlagen dazu verschiedene Massnahmen zur Prüfung und Berichterstattung vor. Die wichtigsten vorgeschlagenen Massnahmen sind:

- Die Schaffung von Sozialberatungsstellen für Oberstufenschulhäuser.
- Tagesstruktur für Schüler, die in Normalklassen nicht tragbar sind, aber nicht fremdplatziert werden müssen.
- Verbesserte Information über Rechte und Pflichten von Schülern und Eltern gegenüber der Schule.
- Präventive Massnahmen und Vorkehrungen zum Schutz von Lehrkräften und Schülern vor gewaltbereiten Jugendlichen und Angehörigen.
- Erhöhte Integrationsbestrebungen.
- Institutionalisierte Gespräche zwischen Schulbehörden und Ausländervereinen.
- Einbezug der Realschulen in das laufende Projekt "Gesundheitsfördernde Schule".
- Zuteilung von heilpädagogisch geschultem Personal an Realschulen.
- Kleinere Klassenbestände bei Realklassen.
- Deutschkurse für Mütter und Väter fremdsprachiger Kinder.
- Verhaltens- und Adressatenkatalog für Lehrkräfte bei Bedrohungslagen.
- Unterstützung der Lehrkräfte durch das Vormundschaftsamt im Bedarfsfall.
- Rasche Intervention des Schulrates im Bedarfsfall.
- Geeignetes Durchgreifen bei Gewalttaten von Kindern gegenüber Kindern in enger Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft.

## 3 Massnahmen

Die im Postulat vorgeschlagenen Massnahmen sind mehrheitlich darauf ausgerichtet, den Oberstufenlehrkräften, insbesondere den Lehrkräften der Realklassen, kurzfristig Unterstützung und Beratung bei Erziehungs- und Integrationsfragen sowie bei sozialen Problemstellungen zu bieten. Die Lehrkräfte sollen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag eine Entlastung erfahren, die um sich greifende Verunsicherung und Überforderung soll aufgefangen und damit ein geordneter Unterricht gewährleistet werden. Einzelne Massnahmen haben repressiven Charakter und sollen zu Wohlverhalten führen bzw. von erneutem Fehlverhalten



abhalten. Wieder andere Massnahmen haben eine langfristige Perspektive mit dem Ziel, die schulische, soziale und gesellschaftliche Integration der Jugendlichen nachhaltig zu verbessern und die Jugendlichen zu fördern.

Die Stadt hat sich erstens für Sofort- bzw. kurzfristige Massnahmen und zweitens für langfristige Massnahmen entschieden. Sie hat aber darauf geachtet, dass die Massnahmen nach Möglichkeit konzeptionell eingebunden sind. Weiter hat sie ihr Handeln auf kantonale vorgeschlagene oder vorgesehene Massnahmen ausgerichtet. Sofortmassnahmen wie langfristige Massnahmen sollen nachhaltige Wirkung erzielen. Während Sofortmassnahmen rasche Erfolge versprechen, wird das Resultat der langfristigen Massnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar.

### **3.1 Kantonale Massnahmen**

Im Bericht "Interkulturelles Zusammenleben" vom 10./24. Oktober 2000, welcher sich auf die Empfehlungen der in der Folge zum Tötungsdelikt gegründeten Arbeitsgruppe "Interkulturelles Zusammenleben" stützt, nimmt bei den vorgeschlagenen Massnahmen die Schule eine zentrale Stellung ein. Mit dem V. Nachtragsgesetz zum Volksschulgesetz vom 8. November 2001 wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung einzelner, vor allem aus Sicht der Schulen wichtiger Massnahmen, geschaffen. Es sind dies:

- Die Verpflichtung zum Besuch eines Integrationskurses für fremdsprachige Jugendliche, welche nach dem zwölften Altersjahr zum dauernden Verbleib in die Schweiz einreisen und über keine genügende Schulbildung für die altersgemässe Einschulung verfügen.
- Die Erarbeitung eines Lehrplanes mit Stundentafel für den Integrationskurs einschliesslich der Bestimmung der Trägerschaft und Finanzierung.
- Die Mitwirkungspflicht der Eltern.
- Die Schaffung einer Besonderen Unterrichts- und Betreuungsstätte (BUB).
- Die Festlegung des Verfahrens zur Einweisung von der Schule ausgeschlossener Jugendlicher in die Besondere Unterrichts- und Betreuungsstätte.

Massnahmen aus dem Katalog, die sofort umsetzbar bzw. eingeleitet werden konnten, sind:

- Ergänzung des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Volksschule hinsichtlich des Integrationsauftrages.
- Ausbau der Lehrkräfteberatung.
- Schaffung einer kantonalen Anlaufstelle für Integrationsfragen.
- Das doppelte Anrechnen fremdsprachiger Kinder in den ersten drei Jahren bei der Klassenbildung.



- Der Einbezug von Integrationsfragen in die Lehrkräfteausbildung und Lehrkräfteweiterbildung.
- Das Einfließen der Ausländerthematik in das Projekt "Schulqualität".
- Die Empfehlung an die Gemeinden, in den Schulen Deutschkurse für fremdsprachige Eltern von Schulkindern anzubieten.
- Die Erarbeitung eines Jugendhilfekonzeptes für einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Schulbehörden, Vormundschaftsbehörde und Jugendanwaltschaft.
- Die Schaffung von Kursangeboten zum Thema interkulturelles Zusammenleben.
- Die Einrichtung einer "Task Force" beim Schulpsychologischen Dienst des Kantons St.Gallen für Kriseninterventionen.

Mit den auf kantonaler Ebene beschlossenen Massnahmen im Bildungs- und Erziehungsbereich sind einerseits die Grundlagen gelegt, welche ein kommunales Handeln an der Basis erst ermöglichen, andererseits ist im Sinne der Postulate professionelle Hilfe und Unterstützung der Lehrkräfte und Behörden erfolgt, soweit dies im Kompetenzbereich des Kantons lag.

### **3.2 Sofort- bzw. kurzfristige städtische Massnahmen**

#### **3.2.1 Schulsozialarbeit auf der Oberstufe**

Das als Sofortmassnahme zur Unterstützung der Lehrkräfte der städtischen Realschulen eingesetzte Pilotprojekt "Sozialberatung für städtische Lehrkräfte der Realschule" konnte in der Zwischenzeit in ein definitives Stütz- und Beratungsangebot an den Realschulen für Lehrkräfte, Schülerinnen, Schüler und deren Eltern überführt werden. Die dafür notwendigen Beschlüsse hat der Grosse Gemeinderat am 27. August 2002 gefällt. Der Schlussbericht zum Pilotprojekt zeigt auf, dass die Schulsozialarbeit an den Realschulen den Lehrkräften die erhoffte Entlastung bei der Bewältigung von Erziehungs- und Integrationsfragen, aber auch die gewünschte Unterstützung bei sozialen Problemstellungen und interdisziplinären Problemlösungen brachte. Die Dienstleistungen der Schulsozialarbeit werden aber auch von den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern geschätzt und als hilfreich beurteilt. Insgesamt geniesst die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe in der Lehrer- und Schülerschaft hohe Akzeptanz. Die Anzahl der Gespräche und Beratungen nahm stetig zu und hat sich seit der Einführung mehr als verdoppelt. Als besonders wirksam und erfolgreich hat sich die Lösungsfindung dann gezeigt, wenn die Lösung unter fallweisem Zuzug von Fachstellen zusammen mit der Schulleitung, der zuständigen GEFOS-Delegierten und den Eltern erarbeitet



werden konnte. Diese Arbeitsweise ist heute für die Schulsozialarbeit Richtschnur. Sie hat in den Quartierschulen zur Bildung "Förderdiagnostischer Runder Tische" geführt.

### **3.2.2 "Förderdiagnostischer Runder Tisch"**

"Förderdiagnostische Runde Tische" sind als institutionalisierte Treffen in den Schulen zu verstehen. Fachkräfte der Schulgesundheitsdienste, Lehrkräfte und GEFOS-Delegierte treffen sich in regelmässigem Rhythmus zur Besprechung bestimmter Situationen, Probleme und Problemfälle. Der "Förderdiagnostische Runde Tisch" ist ein Instrument der Schulleitung. Er stellt die gegenseitige Information und die Koordination von Massnahmen sicher. Die Beteiligten wissen, wer was wann wie macht. Aus jeder Falllösung werden die Folgerungen für die Schule im Präventionsbereich gezogen.

### **3.2.3 Arbeitsgruppe "Interdisziplinäre Problemlösungen"**

Aus der Erkenntnis, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und ein optimierter Informationsfluss zwischen den einzelnen Amts- und Dienststellen nötig sind, um Probleme in den Bereichen Gewalt und Kriminalität innerhalb und ausserhalb der Schule effektiv und effizient angehen zu können, hatten die Vorstände der Schulverwaltung, der Verwaltung der Sozialen Dienste und der Polizeiverwaltung Mitte 1999 leitende Vertretungen der Schulverwaltung, der Verwaltung der Sozialen Dienste, der Stadtpolizei, der Kantonspolizei, der Jugendanwaltschaft, des Untersuchungsrichteramtes und der Opferhilfe zu einer Aussprache über mögliche Formen einer engeren Zusammenarbeit eingeladen. Aus der Feststellung, dass

- die Schule Hilfe sucht,
- die Schule die Hilfe annehmen muss, welche von aussen geboten wird,
- die Schule klare Ansprechpartner wünscht,
- die Schule wissen muss, an wen sie sich bei Problemen von Gewalt und Kriminalität innerhalb und ausserhalb der Schule wenden kann,

erwuchs die Forderung zur Schaffung eines Gremiums, welches basierend auf einer gemeinsamen Haltung in der Lage ist, rasch und wirkungsvoll zu entscheiden. Dazu wurde die Arbeitsgruppe "Interdisziplinäre Problemlösungen" geschaffen, welche sich an regelmässigen, institutionalisierten Gesprächen trifft. Ziel dieser Gespräche ist, dass alle Beteiligten über laufende und geplante Projekte informiert und über Probleme sowie deren Lösungen auf dem gleichen Informationsstand sind. Im Bedarfsfall werden sie als "Task Force" eingesetzt.



Die Arbeitsgruppe "Interdisziplinäre Problemlösungen" setzt sich aktuell wie folgt zusammen: Vorstand der Schulverwaltung (Leitung), Vorstand der Verwaltung der Sozialen Dienste/Polizeiverwaltung, eine Vertretung Jugendanwaltschaft, zwei Vertretungen Kantonspolizei, zwei Vertretungen Stadtpolizei, eine Vertretung Vormundschaftsamt, eine Vertretung Schulamt, eine Vertretung Abteilungssekretariat Schulverwaltung, eine Vertretung der Schulleitungskonferenz, eine Vertretung des Städtischen Lehrerinnen- und Lehrervereins.

Nebst der Klärung, und soweit möglich, Lösung akuter Problemfälle - eine Lösung kann auch die Festlegung der konkreten Vorgehensschritte sein - liess sich die Arbeitsgruppe "Interdisziplinäre Problemlösungen" über folgende Themen informieren:

- Möglichkeiten und Grenzen vormundschaftlichen Handelns
- Mediation in den Schulen
- "Förderdiagnostischer Runder Tisch" in den Schulen
- Haschischkonsum und -handel in den Schulen
- Alkoholabgabe an Jugendliche
- Entlassung aus der Schulpflicht
- Präventionsstelle der STAPO
- Ausbildung der GEFOS-Delegierten
- Intervita - ein Integrationsprojekt aus der Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit
- "Kajak" Kleinklasse mit besonderem Auftrag
- Projekt Jugendgewalt der Stadt Zürich.

Beschlüsse gefällt hat die Arbeitsgruppe "Interdisziplinäre Problemlösungen" zu folgenden Fragen und Projekten:

- Erlass einer Orientierungshilfe für Lehrkräfte in Krisensituationen
- Vorschläge gemeinsamer Intervention bei Haschischkonsum
- Entlassung aus der Schulpflicht und Einweisung in die Besondere Unterrichts- und Betreuungsstätte (BUB)
- Festlegen der Zusammenarbeit Schule, Jugendsekretariat und Polizei im interkulturellen Bereich
- Initiierung eines Projektes Jugendgewalt St.Gallen in Anlehnung an das Zürcher Modell
- Initiierung eines Jugendpräventionskonzeptes.

Zur Frage, was die Arbeitsgruppe "Interdisziplinäre Problemlösungen" für die Schulen bewirkt hat, erfolgte eine Umfrage bei den städtischen Schulleitungen. Die Rückmeldungen zeigen, dass sich die von der Arbeitsgruppe erarbeitete Orientierungshilfe für Lehrkräfte in Krisensi-



tuationen bewährt. Mit dem Papier sind die Zuständigkeiten und Abläufe geklärt, in der Vorgehensweise bei einer Krisensituation besteht Transparenz. Gute Noten erhält auch die Zusammenarbeit mit den beteiligten Amtsstellen. Diese konnte entscheidend verbessert werden. Noch nicht feststellbar ist eine direkte Wirkung der Arbeitsgruppe auf das Geschehen in den einzelnen Schulquartieren. Das Case-Management ist noch nicht in allen Teilen befriedigend. Ebenfalls bleibt die Frage offen, wie die Lehrkräfte noch besser mit Informationen versorgt bzw. besser erreicht werden können. Die Arbeitsgruppe wird diese offenen Fragen mit hoher Priorität angehen.

### **3.2.4 Disziplinarwesen**

Wenn sich auch der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler in den Schulen korrekt und anständig verhält, ist es unbestritten, dass die disziplinarischen Schwierigkeiten zunehmen. Integrationsprobleme, mangelnde familiäre Strukturen, Nachlässigkeit bis Vernachlässigung der Erziehungspflicht, Drogenkonsum und Bandenbildung sind einige der Ursachen. Dazu kommt die unbefriedigende Lehrstellensituation für Realschülerinnen und -schüler. Die mangelnde Perspektive zur Lebensgestaltung drückt sich dann häufig in fehlender Motivation für die Schule aus. Treten disziplinarische Schwierigkeiten auf, versucht die Schule unter Beizug der Schulsozialarbeit in Gesprächen die Schülerin oder den Schüler zu überzeugen, sich künftig korrekt zu verhalten und die Regeln der Schul- und Hausordnung zu respektieren. Gelingt dies nicht und wird die Schülerin bzw. der Schüler erneut rückfällig, werden konsequent Disziplinarmaßnahmen verfügt, welche von der Beanstandung bis zum Schulausschluss führen. Für eine einheitliche Handhabung des Disziplinarwesens in allen städtischen Schulen wurden die Abläufe und Zuständigkeiten geklärt. Für die standardisierten Verfahren stehen den Lehrkräften Hilfsblätter/Formulare zur Verfügung. Im Weiteren hat der Schulrat für alle Schulhäuser Grundsätze für die Schulhausordnungen für verbindlich erklärt. Die Aufnahme dieser Grundsätze in die einzelnen Hausordnungen, aber auch das standardisierte Verfahren sollen eine gesetzeskonforme, willkürfreie Handhabung der Disziplinarordnung sicherstellen. Dazu dient auch die laufende Schulung der Schulleitungen und Lehrkräfte im Disziplinarwesen.

#### **3.2.4.1 "Kajak" - Kleinklasse mit besonderem Auftrag**

Nicht zu den Disziplinarmaßnahmen zählt eine Einweisung ins "Kajak", einer Kleinklasse mit besonderem Auftrag. Als oftmals letzte Chance vor einem drohenden Schulausschluss ist aber eine solche Zuweisung in der Nähe der Disziplinarmaßnahmen anzusiedeln. Das "Kajak" versteht sich denn auch als niederschwelliges, der kantonalen Besonderen Betreuungs- und Unterrichtsstätte (BUB) vorgelagertes städtisches Schulangebot, welches einerseits



schwierigen Jugendlichen eine Perspektive zur Bewältigung ihrer Probleme bietet, andererseits der Schulbehörde ein rasches Handeln erlaubt. Dem "Kajak" werden Schülerinnen und Schüler zugewiesen, die dringend eine schulische Auszeit benötigen, für die aber ein Schulausschluss nicht oder noch nicht angezeigt ist. Die Schülerinnen und Schüler erhalten im "Kajak" eine Chance zur Besinnung und Neuausrichtung. Im "Kajak" arbeiten sie während drei Tagen an einem Praktikumsplatz und erhalten während zwei Tagen Einzel- bzw. Kleingruppenunterricht. Das Konzept des "Kajak" mit Schul- und Berufsarbeit hat sich bewährt. In vielen Fällen konnte mit einer "Auszeit" im "Kajak" einem Schulausschluss vorgebeugt werden. Ebenfalls ist feststellbar, dass das "Kajak" für die Regelklassen eine gewisse Entlastung bringt, da die rasche Platzierung eines problematischen Schülers im "Kajak" in der Regel zu einer unmittelbaren Verbesserung der Situation in der Stammklasse führt. Problematisch zeigt sich dagegen die Rückführung der Schülerinnen und Schüler in die Stammklasse. Bei einer grossen Anzahl von Jugendlichen (ca. 40 %) waren die Probleme so, dass die primäre Zielsetzung der Kleinklasse, nämlich die Reintegration, nicht mehr in Frage kam. In Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen wurden geeignete Fremdplatzierungen in die Wege geleitet. Es wird künftig Aufgabe eines differenzierten Aufnahmeverfahrens sein, dass solche Fälle nicht mehr dem "Kajak" zugewiesen werden, sondern direkt eine geeignete Platzierung erfolgt. Ein weiteres Problem ist die befristete Aufenthaltsdauer von drei Monaten. Für manche Jugendliche wäre eine längere Aufenthaltsdauer wünschenswert. Eine Flexibilisierung der Aufenthaltsdauer wird deshalb geprüft.

### **3.2.5 Elternzusammenarbeit**

Das Volksschulgesetz regelt die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern in den Art. 92 bis 97. Während bisher die Eltern in der Zusammenarbeit mit der Schule in Erziehung und Ausbildung nur die Verantwortung für den regelmässigen Schulbesuch ihrer Kinder zu übernehmen hatten, nimmt das V. Nachtragsgesetz zum Volksschulgesetz vom 8. November 2001 die Eltern in die Mitwirkungspflicht. Die unter Sanktionsdrohung stehende Pflicht zur Zusammenarbeit mit der Schule bedeutet Kontaktnahme mit der Schule, Gespräche und Auseinandersetzung mit Fragen zu Schule und Familie, bedeutet aber auch elterliche Unterstützung der Lehrkraft in ihrem Auftrag und in der Umsetzung schulischer Massnahmen. Die Mitwirkungspflicht der Eltern, namentlich bei der Umsetzung von Massnahmen, wird heute von den Schulen eingefordert. Eltern, die sich um das schulische Wohl ihrer Kinder nicht kümmern und auch auf Aufforderung hin zu keinen Gesprächen mit der Schule bereit sind, werden verwarnt und im Wiederholungsfalle gebüsst. Es geht aber nicht nur darum, die Elternarbeit einzufordern. Es geht auch darum, die Eltern zur Mitwirkung in den Schulquartieren einzuladen und dafür Strukturen zu schaffen. Wie bereits im Bericht "Erweiterung der Elternrechte an den städtischen Schulen" vom 27. Mai 2003 dargelegt, sollen für einen ver-





stärkten Einbezug der Eltern ins Schulgeschehen in den Schulquartieren Elternforen eingerichtet werden. Die Elternforen sollen Gesprächspartner der Schulleitung zur Unterstützung der Schule in der Zusammenarbeit Schule - Eltern und in der Öffentlichkeitsarbeit, zur Mitwirkung in Fragen der Schulentwicklung und zur Realisierung von Projekten sein. Die Bildung von Elternforen findet zur Zeit vor allem auf der Primarschulstufe statt. Sie ist aber je länger je mehr auch Thema auf der Oberstufe.

### **3.2.6 Klassenbildung**

Die Klassenplanung basiert auf der gesetzlichen Grundlage zur Klassengrösse und auf den stadträtlichen Richtwerten, welche jährlich in den Budgetrichtlinien festgelegt werden. Die stadträtlichen Richtwerte zur Klassengrösse, welche im Durchschnitt aller Klassen einer Stufe zu erreichen sind, betragen für Sekundarklassen 22, für Regelrealklassen 20 und für Realkleinklassen elf Schülerinnen und Schüler. Mit einem Klassendurchschnitt von 20 Schülerinnen und Schülern bei den Regelrealklassen wird der besonderen Problematik der Realschulstufe Rechnung getragen. Zudem werden seit 2000 auf Grund der Relegationsproblematik (Relegationen von der ersten Sekundarklasse in die erste Realklasse nach Ende der Probezeit) zu Beginn der ersten Realklasse bewusst niedrigere Bestände in Kauf genommen mit dem Risiko, dass diese Klassen im zweiten und dritten Jahr unter dem Richtwert geführt werden müssen. Zu Beginn der ersten Realklasse betragen die durchschnittlichen Klassengrössen 18 Schülerinnen und Schüler. Der Heterogenität der Klassen wird mit vermehrten Fördermassnahmen Rechnung getragen.

### **3.2.7 Doppelbesetzung der Quartierjugendtreffpunkte**

Die Zusammensetzung und das Verhalten der Treffpunkt-Jugendlichen haben sich verändert. Vermehrt tragen Jugendliche ihre Schul- und Familienprobleme in die Quartiertreffpunkte und erwarten dort fachliche Antworten, Hilfe und Unterstützung. Damit das Jugendsekretariat seinen Leistungsauftrag mit Treffleitung, Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen und die Vernetzung der Arbeit im Quartier weiterhin erfüllen kann, wurde eine Stellenerhöhung um insgesamt 160 Stellenprozente für die Quartierarbeit erstmals für 2001 bewilligt. Seither ist in den Quartierjugendtreffpunkten eine Doppelbesetzung installiert. Die Doppelbesetzung ermöglicht eine engere Zusammenarbeit mit den Schulen und der Schulsozialarbeit.



### **3.2.8 Präventionsstelle der Stadtpolizei**

Die Stadtpolizei hat die präventive Arbeit neu gewichtet. Verfolgt wird eine Politik der Systematisierung der Präventionsarbeit. Zu diesem Zweck hat die Polizei zur Beschaffung und Weiterleitung präventionsrelevanter Informationen die Präventionsstelle mit 100 Stellenprozenten ausgestattet. Damit haben Schulen und Jugendarbeit im Bereich der polizeilichen Prävention eine Anlaufstelle und in präventionsrelevanten Angelegenheiten einen Ansprechpartner. Der Präventionsstelle der Stadtpolizei ist es gelungen, akzeptierter Partner der Schulen für Projekte zu sein. Im Rahmen des Case-Managements wird sie zur Lösung von Problemfällen beigezogen, insbesondere dann, wenn es um den Erlass von polizeilichen Massnahmen geht.

## **3.3 Langfristige städtische Massnahmen**

### **3.3.1 Förderkonzept Oberstufe**

Das GEFOS-Konzept zielt darauf, die unterrichtsunterstützenden Fördermassnahmen (Legasthenie, Deutsch-Stützunterricht, Nachhilfe, Dyskalkulie), die unterrichtsergänzenden Fördermassnahmen (Therapeutische Dienste), die Angebote der Gesundheitsdienste (Schulärztlicher Dienst, Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit) und die Angebote Dritter unter Berücksichtigung kantonaler und städtischer Rahmenbedingungen als gesamtheitliche Präventionsstrategie für die städtischen Kindergärten und Volksschulen zu gestalten. Das Konzept wird in fünf Teilprojekten umgesetzt. Für das Teilprojekt Oberstufe läuft zur Zeit im Schulquartier Engelwies ein Pilotprojekt "Integrative Schülerförderung III". Es geht darum, den Anteil der Kleinklassen-Schülerinnen und -schüler auf der Oberstufe zu senken und die Realschulen zu stärken. Die Situation auf der Oberstufe bringt es mit sich, dass eine starke Separation nach Leistungsstand erfolgt. Für die Realschule als letztes Glied der Kette bedeutet dies, dass Jugendliche auf Grund der mangelnden Durchlässigkeit im System auf eine zusätzliche Förderung angewiesen sind. Mit dem Projekt "Integrative Schülerförderung III" soll diesem Umstand Rechnung getragen werden.

Gemäss Projektbeschreibung unterrichtet die ISF III-Lehrkraft einerseits in Kleingruppen Schülerinnen und Schüler mit extremen Teilleistungsschwächen, andererseits führt sie eine Niveaugruppe im fachleistungsdifferenzierten Unterricht. So können für zwei Parallelklassen in verschiedenen Leistungsfächern drei Niveaugruppen gebildet werden.

Der fachleistungsdifferenzierte Unterricht ist auf der Oberstufe nichts Neues. Er wird im Freiwilligen 10. Schuljahr seit Jahren mit grossem Erfolg praktiziert. Von diesen Erfahrungen



kann die Realschule profitieren. Bereits zeigen die Rückmeldungen aus dem Pilotprojekt Engelwies, dass die Schülerinnen und Schüler sowohl im Kleingruppenunterricht als auch in der Fachleistungsdifferenzierung dem Unterricht motivierter folgen und weniger über- bzw. unterfordert sind. Die Jugendlichen erfahren dadurch mehr Schulerfolg, sind weniger gestresst und damit auch weniger aggressiv. Ob und wann das GEFOS-Teilprojekt Oberstufe in allen Oberstufenschulhäusern umgesetzt wird, hängt vom Evaluationsbericht und den bewilligten Mitteln ab.

### **3.3.2 Betreuungskonzept auf der Oberstufe**

Der Bericht Tagesstruktur für die städtischen Kindergärten und die Volksschule vom 11. Februar 2003 äussert sich auch zum Schülerclub Bürgli, dem einzigen schulnahen Betreuungsangebot auf der Oberstufe. Dieses bietet Aufenthalts- und Verpflegungsmöglichkeiten über Mittag sowie Betreuung während der unterrichtsfreien Zeit bis abends 18 Uhr. Weder im Oberstufenkreis Ost noch West gibt es ein vergleichbares Angebot. Es fanden in den letzten Jahren immer wieder Versuche für eine schulnahe Betreuung statt. Die Angebote wurden aber zu wenig oder zu wenig konstant genutzt. Die Kosten standen in keinem Verhältnis zum Nutzen, sodass diese Projekte aufgegeben werden mussten.

Das heutige Betriebskonzept des Schülerclubs Bürgli weist neben dem schulisch ausgerichteten Angebot Gemeinsamkeiten mit dem Betrieb eines Quartierjugendtreffpunktes auf. Ob die Jugendquartiertreffpunkte allenfalls mit erweitertem Auftrag die Betreuung auf der Oberstufe wahrnehmen können, ist noch zu klären.

### **3.3.3 Integrationskonzept**

Das städtische Integrationskonzept vom 24. April 2001 setzt sich zum Ziel, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten in der Stadt St.Gallen nachhaltig zu verbessern. Es orientiert sich dabei an zehn Grundsätzen und sechs Projektansätzen. Letztere befassen sich unter anderem mit der integrativen Arbeit der Schule zur Verbesserung von Bildung und beruflicher Qualifikation von Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere von Jugendlichen. Die Schule ist Angelpunkt erfolgreicher Integrations- und Bildungsarbeit. Die städtische Integrationsstelle unterstützt die Schulen in diesen Bestrebungen. Sie setzt Schwerpunkte in den Handlungsfeldern:

- Förderung der Elternarbeit: Optimierung verbindlicher Elterngespräche
- Deutschkurse für Mütter: Ermöglichen von Kommunikation zwischen Schule und Eltern



- Bestehende Ressourcen nutzen: Zusammenarbeit mit den HSK-Lehrkräften (diese Lehrkräfte unterrichten in heimatlicher Sprache und Kultur)
- Erhalten der Bildungsqualität: Anstreben einer ausgewogenen Durchmischung in den Oberstufenschulhäusern mit entsprechenden Integrations- und Schulhausangeboten
- Schulinformationen: Frühorientierung von Familien mit Kindern über das Schulsystem, die Schulangebote und die Schulanforderungen.

### **3.3.3.1 Integrationsprojekte**

Schulische Integrationsprojekte und Integrationskurse erhalten finanzielle Unterstützung im Sinne einer Anschubfinanzierung aus den Krediten des Integrationskonzeptes. Erwähnt seien das Schulhausprojekt "Intervita" der Realschule Engelwies und das Projekt "Mitten unter euch", die Kurse "Deutsch für Mütter" in den Primarschulen, die Mediations- (Mediation - eine wirksame Methode zur Konfliktlösung) und die Integrationskurse (Kulturerfahrung und Konfliktlösung im Alltag/im Quartier; Schulhauskurse zur Friedens-, Integrations-, Erziehungs- und Kulturvermittlung) sowie die Projekte "Information ist Integration" und "Früherfassung".

"Intervita" ist ein Schulhausprojekt für schwer integrierbare, meist ausländische Jugendliche auf der Realschulstufe. Es bezieht die unterschiedlichsten Aspekte der schulischen, persönlichen und sozialen Probleme nicht integrierter Jugendlicher in den Unterricht mit ein. Der Unterricht erfolgt durch ganzheitliche, integrative Methoden und interdisziplinäre Lernsettings. Ziel des Projektes ist es, mit einer intensiven und angepassten Unterrichtsform die Integration von randständigen Jugendlichen so zu fördern, dass Folgeerscheinungen wie Delinquenz, Störungen im Schulbetrieb, Schuldefizite und berufliche Desintegration vermieden werden können. Das Pilotprojekt ist inzwischen abgeschlossen und wird ausgewertet. Der Entscheid über die Durchführung eines solchen Projektes in anderen Realschulen ist noch ausstehend.

Träger des Projektes "Mitten unter euch" ist das Schweizerische Rote Kreuz. Das Projekt erfolgt in Zusammenarbeit mit den Schulen. Fremdsprachige Kinder aus Integrationsklassen besuchen einheimische Gastgeberfamilien. Sie lernen die Werte und Normen der einheimischen Kultur kennen und haben die Möglichkeit, ihre erworbenen Deutschkenntnisse anzuwenden. Das Projekt ist gut eingeführt und wird rege benützt.

Hinter "Deutsch für Mütter" steht ein bewährtes Kursangebot an Deutschkursen für Mütter von Schülerinnen und Schülern. Die Kurse finden in den Quartierschulhäusern statt. Die Idee der Sprachkurse für Mütter in den Quartierschulhäusern entwickelte sich aus dem Grundgedanken heraus, Frauen den Zugang zu Informationen und den Kontakt mit der Schule und anderen Frauen zu erleichtern. Mit dem deutschen Spracherwerb lernen Frauen sich siche-



rer im öffentlichen Raum zu bewegen. Sie können mit Personen ausserhalb ihres Sprachkreises in Kontakt treten und am schulischen Alltag ihrer Kinder sowie am Quartierleben teilnehmen. Erst der Spracherwerb ermöglicht eine Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern. Zur längerfristigen Sicherstellung der Finanzierung dieser Sprachkurse ist die Klärung der Trägerschaft notwendig und der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Trägerschaft vorgesehen.

Die im Integrationskonzept beschriebenen Integrationskurse bilden einen Schwerpunkt in der Kulturvermittlung. Die Mediations- und die Integrationskurse laufen seit 2001. Die Mediationskurse richten sich an Schlüsselpersonen, die beruflich oder ehrenamtlich an der Schnittstelle zwischen einheimischen und ausländischen Personen tätig sind. Angesprochen sind somit auch die Lehrkräfte. Im Kurs werden die wichtigsten Grundlagen und Instrumente des Verfahrens zur einvernehmlichen Lösung von Konflikten behandelt, damit diese gewinnbringend eingesetzt werden können. Auch die Integrationskurse richten sich unter anderem an Lehrkräfte und Schulleitungen. Schwerpunkt des einen Kurses bilden Kulturerfahrung und Konfliktlösungsmethoden im Alltag, im andern Kurs Kulturerfahrung und Kulturvermittlung im Quartier. Die Schulhauskurse zur Friedens-, Integrations-, Erziehungs- und Kulturvermittlung zielen auf Schul- und Kindergartenteams, Schulklassen und Eltern, die nach Wegen suchen, das multikulturelle Miteinander nachhaltig zu verbessern und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Die Rückmeldungen aus den Kursen sowie die Kursevaluation insgesamt sind positiv. Die Kurse erhielten bisher von Bund und Kanton Unterstützung mit Beitragsleistungen.

Das Projekt "Information ist Integration" sieht Schulen und Kindergärten als zentrale Angelpunkte in der Integration. Die Zusammenarbeit der Schule mit ausländischen Eltern, Schülerinnen und Schülern schafft ein grosses Integrations- und Informationspotential. Deshalb stehen in den Schulen und Kindergärten "Informationskioske" (Kartonständer) mit aktuellen Informationen über städtische Integrationsangebote. Eltern und Lehrkräften sind die "Informationskioske" zur Benützung zugänglich.

Das Projekt "Früherfassung" sieht vor, dass Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger bereits eine mehrsprachige Einladung zur St.Galler Begrüssungsparty erhalten und dort am Informationsstand von der Integrationsstelle sowie den Kontakt- und Schlüsselpersonen der internationalen Frauengruppe AMIGAS Basisinformationen in ihrer Muttersprache über das Leben in St.Gallen und Antworten zur Einschulung und über Schulhausangebote erhalten.



### **3.3.4 Oberstufenkonzept**

Der Grundgedanke des kantonalen Oberstufenkonzeptes besteht darin, die Gleichwertigkeit der Realschule durch eine Angliederung an die grössere Sekundarschule im Sinne einer Imageverbesserung zu betonen und durchzusetzen. Diese Zielsetzung kann auf Grund der besonderen Konkurrenzsituation in der Stadt St.Gallen mit verschiedenen Schulen auf der Sekundarstufe nicht erreicht werden. An Stelle von zwei Dritteln Sekundar- und einem Drittel Realklassen entstünde bei der Bildung von städtischen Oberstufenzentren in allen Schulkreisen eine Verteilung von rund 40 Prozent Sekundar- zu 60 Prozent Realschülerinnen und -schülern.

Unter den gegebenen Bedingungen kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt eine Umsetzung des Oberstufenkonzeptes an den städtischen Oberstufenschulen nicht in Frage kommen. Angesichts der besonderen Belastungen, denen Realschulen heute ausgesetzt sind, verfolgt der Stadtrat dennoch eine Schulpolitik auf der Oberstufe, welche die Schaffung von Oberstufenzentren als langfristiges Ziel im Auge hat, welche aber unter dem Diktat des Machbaren und Möglichen steht, d.h. den spezifischen städtischen Verhältnissen entspricht. Oberstes Gebot ist es, die Qualität der Realschulen einerseits und die Qualität sowie die Konkurrenzfähigkeit der städtischen Sekundarschulen andererseits zu erhalten und stetig zu verbessern.

## **4 Zusammenfassende Beurteilung**

Die Abhandlung der seit 1999 eingeleiteten kurz- und langfristigen Massnahmen zeigt, dass viel zur Unterstützung der Lehrkräfte auf der Oberstufe geschehen und manches aufgegleist ist. Alle in den Postulaten zur Prüfung vorgeschlagenen Massnahmen sind entweder bereits realisiert oder es sind bzw. werden dazu die konzeptionellen Grundlagen für eine spätere Umsetzung geschaffen. Letzteres trifft vor allem auf das Oberstufenkonzept zu. Der jüngste Entscheid des katholischen Administrationsrates, die Katholische Kantonssekundarschule (KKSS) weiterhin als reine Sekundarschule zu führen, hat die Diskussion rund um das Oberstufenkonzept in den städtischen Oberstufenschulhäusern und im Schulrat von Neuem ausgelöst. Zu dieser Problematik wird sich der Stadtrat in der Beantwortung der Interpellation "Realisierung des kantonalen Oberstufenkonzeptes in der Stadt St.Gallen" äussern.



## **5        Anträge**

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom vorstehenden Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die Postulate "Lehrermord im Engelwies: Und danach?" und "Integration in der Oberstufe - Quo vadis?" werden als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

